

Medienmitteilung vom 14. Januar 2020

Gewerbefeindlich, unrealistisch und bürokratisch

Gewerbeverband lehnt Mieterverbandsinitiative ab

AGV. Der Vorstand des Aargauischen Gewerbeverbands (AGV) empfiehlt die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands einstimmig zur Ablehnung. Nach Auffassung des AGV würde die Initiative aufgrund deren drastischen Markteingriffe bei einer allfälligen Annahme dem Gewerbe erheblichen Schaden zufügen.

Die Volksinitiative, die sowohl von Parlament wie auch vom Bundesrat ohne Gegenvorschlag abgelehnt wird, will in der Bundesverfassung festschreiben, dass der Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus an den neu gebauten Wohnungen gesamtschweizerisch bei mindestens 10 Prozent liegen müsse. Eine Quotenregelung führt dazu, dass Bund und Kantone die Vorgaben auf Gemeinden, Städte und Regionen verteilen müssen. Es drohen Vorgaben, die dem tatsächlichen Bedarf widersprechen. Eine Quote muss auch erfüllt werden, wenn gar keine Nachfrage nach Wohnungen gemeinnütziger Bauträger besteht. Um die Umsetzung der Quote und die Einhaltung der neuen Regelungen zu überwachen, muss ein bürokratischer Kontrollapparat aufgebaut werden. Dadurch werden Baubewilligungen noch komplizierter und Bauprojekte werden verzögert, was dem Gewerbe sehr schadet. Ein Anteil von 10 Prozent an neu erstellten Wohnungen für den gemeinnützigen Wohnungsbau bedeutet mindestens eine Verdreifachung im Vergleich zu heute. Der Bundesrat schätzt die Mehrkosten dafür auf 120 Millionen Franken pro Jahr.

Die Initiative legt zudem fest, dass die Kantone und Gemeinden zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ermächtigt werden sollen, für sich ein Vorkaufsrecht für geeignete Grundstücke einzuführen. Gesetzlich verordnete Vorkaufsrechte für Kantone und Gemeinden widersprechen der Schweizer Wirtschaftsordnung fundamental.

Wenn sich nicht genügend gemeinnützige Bauträger finden – was der Bundesrat befürchtet –, sind Bund, Kantone und Gemeinden gezwungen für diese einzuspringen und selber solche Wohnungen zu bauen. Die sozialistische Planwirtschaft schreitet voran, es droht die Verstaatlichung des Wohnungsmarkts.